



HESSISCHER LANDTAG

31. 03. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

**betreffend nachhaltige Industriepolitik in Hessen umsetzen:
Sicherung von Arbeitsplätzen im Kalibergbau und Verringerung
der Salzbelastung von Werra und Weser**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zum Industriestandort Hessen und seiner Verantwortung für eine nachhaltige Industriepolitik, die wirtschaftliche und ökologische Interessen nicht gegeneinander ausspielt, sondern zusammenführt. Nur mit einer nachhaltigen industriepolitischen Strategie ist es möglich, langfristig für Innovation, Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Dies gilt auch für den Kalibergbau in Osthessen.
2. Der Landtag bekennt sich weiterhin zur Zukunft des Kalibergbaus in Hessen und zum Erhalt seiner Arbeitsplätze sowie zur Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung. Damit geht für die aufstrebende Tourismusregion entlang der Werra und Weser die nachhaltige Verringerung der Wasserbelastung einher.
3. Der Landtag begrüßt die Ankündigung von K+S, mit einem Investitionsaufwand von 360 Mio. € das Laugenaufkommen aus der Kaliproduktion bis 2015 um rund 7 Mio. cbm pro Jahr zu halbieren und die Versenkung in den Plattendolomit aufzugeben, um dadurch auch dem Trinkwasserschutz in der Region Rechnung zu tragen. Dem müssen weitere Schritte zur zusätzlichen Reduzierung des Laugenaufkommens folgen.
4. Der Landtag fordert, dass in eine Gesamtstrategie die Erkenntnisse des Runden Tisches "Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion" einbezogen werden und diese dem Hessischen Landtag bis zum 30. Juni 2009 vorgelegt wird. In der Gesamtstrategie sollen die ökologischen und ökonomischen Wirkungen der Maßnahmen benannt werden.
5. Der Landtag missbilligt, dass die hessische Landesregierung mit der Landesregierung Thüringens und dem Unternehmen K+S KALI GmbH am 4. Februar 2009 eine Vereinbarung ohne Einbeziehung des Landtags getroffen hat.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Rechenschaft abzulegen über die Beweggründe für den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Zeitpunkt 4. Februar 2009 und ohne Einbeziehung der anderen Anrainerstaaten Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen.
7. Der Landtag begrüßt, dass die Vertragsparteien sich in dem Ziel einig sind, den Härtegrad der in die Werra als Folge der durchzuführenden Maßnahmen abzuleitenden Laugen ab 2009 auf einen bis 2012 möglichen niedrigeren Zielwert abzusenken, und hierzu entsprechende Vorschläge des Runden Tisches in die Abwägung einzubeziehen.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, entsprechend dieser Ergebnisse die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den weiteren Anrainerstaaten Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen zu verhandeln.

Wiesbaden, 31. März 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel